Nr. 228 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 15. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Ausfall 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Englands Kampf in Mittelasien

Von unserm Mitarbeiter

London, 14. September. (Indirekt)

Während das Interesse der englischen Oeffentlichkeit sich um die Frage des Bergarbeiterstreiks dreht, arbeitet das englische Kriegsdepartement mit größter Hast an der Organisierung des Abwehrkampfes in Mittelasien. Unter dem Deckmantel: Gegen die Bolschewisten! wird in den konservativen und unionistischen Zeitungen nachzuweisen versucht, daß es sich in Britisch-Indien, in Afghanistan, in Persien ausschließlich um Wühlungen der Moskauer Machthaber handle; die kaum anzuzweifelnde Tatsache, daß sich neben diesen bolschewistischen Beeinflussungen, den Kampf gegen England zu führen, auch die nationalen und religiösen Aspirationen der asiatischen Völker geltend machen — diese für England so unerquickliche Wahrheit schiebt man zur Seite. Die Blätter werfen die alleinige Schuld an den beunruhigenden Vorgängen in Mittelasien auf die Bolschewisten und rechtfertigen alle gegenwärtig getroffenen und in Vorbereitung befindlichen Rüstungen mit der Erklärung, England müsse dem „pielarmigen Ungeheuer" auch in Asien entgegentreten.

Der Brennpunkt der Aufstandsbewegung, die sich gegen die britische Herrschaft richtet, ist Afghanistan. Für dieses Gebiet sind größtenteils die Offiziere und Mannschaften bestimmt, die vom Kriegsdepartement schon seit einiger Zeit einberufen wurden; sie sollen noch in diesem Monat die afghanischen Garnisonen verstärken. Die Flugzeugfabriken erhalten große Aufträge, die Rüstungswerkstätten von Woolwich haben vollauf zu tun. Aus der südafrikanischen Union gehen so gewaltige Lebensmitteltransporte nach Britisch-Indien (und von dort nach Afghanistan), daß die Preise in Südafrika riesig in die Höhe gehen. Man sagt, die englische Regierung wollte sich durch die den Aegyptern gegebene „Unabhängigkeit" den Rücken freimachen, um den Kampf in Mittelasien aufs schärfste zu führen.

Durch die Ermordung des britischen Kommissärs Willoughby im afghanischen Grenzgebiete (am 22. August) wurde im Londoner Kriegsamt eine hochgradig nervöse Besorgnis erweckt, mit Eile wurden alle in den indischen Truppenzentren verfügbaren Truppen — bis zur Ankunft der aus England kommenden Verstärkungen — nach dem Norden geworfen. Die Meldungen über die Moral der britischen Kolonialsoldaten geben jedoch der Befürchtung Raum, daß ernstere Verwicklungen, nämlich Schwierigkeiten in der Organisierung des Feldzuges, entstehen könnten. Aus Allahabad trifft die Meldung ein, die Befehlshaber der Garnison von Maimana (Afghanistan) hätten sich „gezwungen gesehen", den Soldaten die Bildung von Soldatenräten zu gestatten. Das Londoner Kriegsdepartement sieht sich damit vor eine sehr bedenkliche Tatsache gestellt; weitere analoge Fälle werden erwartet, denn auch in Indien verbreitet sich die Bewegung zugunsten der Bildung von Soldatenräten schnell und stark.

Inzwischen verschlimmert sich die Lage der afghanischen Truppen, die sich durch die andauernden Ueberfälle der aufrührerischen Nationalisten geschwächt und teilweise demoralisiert fühlen. Die persischen Nationalisten, verbündet mit den Bolschewisten, sind (wie von uns wiederholt mitgeteilt) in den letzten vierzehn Tagen erheblich vorgedrungen und befinden sich jetzt dicht bei Buchara. Sie verfügen über zahlreiche Flugzeuge, die den englischen Truppen sehr viel zu schaffen machen. Ein Teil der persischen Kosaken ist ins Lager der persischen Nationalisten übergelaufen. Neben diese Sorge tritt die indische Gefahr. Das Londoner Kriegsdepartement erhielt laut Blätterberichten verschiedene Meldungen über die Verstärkung der bolschewistischen Propaganda in Britisch-Indien. Aus Moskau gingen, wie es heißt, Sendlinge nach Bombay und Kalkutta, und das Komitee der russisch-chinesischen Bolschewisten hat einen neuen Feldzugsplan in Angriff genommen, um die Erhebung des indischen Volkes gegen England ins Werk zu setzen. Es läßt sich leicht denken, daß der englischen Regierung diese Sorgen im Augenblick schwerer aufliegen mögen als die Frage des Bergarbeiterstreiks, wenn sie dies auch der Oeffentlichkeit gegenüber geschickt zu verschleiern versteht.

•

Die Schwierigkeiten in Mesopotamien

☞ London, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage in Mesopotamien hat sich verschärft. Die Regierung sandte eine große Anzahl von Panzerwagen, die auf dem schnellsten Wege nach Mesopotamien zur Unterstützung der dort kämpfenden Truppen gesandt werden.

Die ernste Lage in Irland

☞ London, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Ministerpräsident berief telegraphisch alle Kabinettsmitglieder nach London, wo heute nachmittag ein besonderer Kabinettsrat stattfinden wird. Ihm wird ein Sonderbericht über die ernste Lage in Irland und die Arbeiterfrage vorgelegt werden. In gutunterrichteten Kreisen steht fest, daß General Ready, der Oberkommandierende in Irland, einen Befehl erlassen hat, in dem er ankündet, daß alle Frauen von englischen Offizieren in Irland sofort nach England zurückkehren müssen. Die Lage wird als sehr ernst angesehen. Man erwartet, daß der Bürgermeister von Cork nach nunmehr 71tägigem Fasten heute nacht sterben wird.

☞ London, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Dublin wird liberalen Blättern gemeldet: Die Behörden haben alle Maßnahmen ergriffen, um Unruhen zu verhindern, die durch den Tod des Bürgermeisters von Cork entstehen könnten. Inzwischen bauten die Soldaten und die Sinnfeiner sich gegenseitig den Rang ab auf der Jagd nach den Waffen. Meistens sind die Sinnfeiner die Schnelleren. Man nimmt an, daß etwa die Hälfte aller jungen Leute von Irland im Besitz von Gewehren und Revolvern ist.

Erklärungen Giolittis und Millerands

× Paris, 14. September. In der gemeinsamen Erklärung Giolittis und Millerands über die Zusammenkunft von Aix-les-Bains heißt es: „Der italienische und der französische Ministerpräsident sind glücklich gewesen, die allgemeine Uebereinstimmung der Interessen der beiden Länder festzustellen. Ihr Hauptzweck, die allgemeine Wiederherstellung des Friedens unter gerechten Bedingungen durch die Achtung der Unabhängigkeit der Völker, die Wiederherstellung der politischen und moralischen Ordnung, beruht auf der gerechten und aufrichtigen Durchführung der ergehenden Verträge, die dem Kriege ein Ende gesetzt haben, sowie der Verträge, die noch zu schließen bleiben, um den Frieden Europas endgültig zu sichern. Dieser müsse der Eckstein der neuen internationalen Beziehungen bleiben. Die Sieger müssen dabei einen Geist wohlwollender Mäßigung mitbringen. Die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles ist für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit.

Es ist jetzt erstes Erfordernis, dem Kriege zwischen Rußland und Polen und den Feindseligkeiten zwischen den türkischen Nationalisten und der Regierung in Konstantinopel ein Ende zu machen. Die Unabhängigkeit und Freiheit Polens, in seinen ethnographischen Grenzen geschützt gegen jeden Angriff, ist das Ziel der beiden Regierungen. Sie haben weiter festgestellt, daß die italienischen und französischen Interessen in Kleinasien sich in paralleler freundschaftlicher Zusammenarbeit der beiden Länder entwickeln müssen unter Vermeidung der Konkurrenz ihrer Staatsangehörigen.

Der allgemeine Frieden kann nicht verwirklicht werden, ohne daß die großen europäischen Probleme ihre Lösung gefunden haben. An der Spitze stehen da die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland und die Regelung der Adriafrage. Die italienische und die französische Regierung achten die Handlungsfreiheit der Sowjetregierung und sind sich in dem Wunsche einig, daß sich in Rußland ein Zustand herausbilden möge, der es diesem großen Lande gestattet, wieder in das friedliche Konzert der Völker einzutreten. Frankreich legt ferner großen Wert auf eine nationale Regelung der Adriafrage durch eine gerechte Verständigung, die geeignet sein muß, die gesetzmäßigen Ansprüche Italiens sowie die Interessen aller daran Beteiligten zu wahren. Frankreich wird ein derartiges Abkommen mit dieser Sympathie aufnehmen und gibt ihm vorher seine Zustimmung.

Die beiden Ministerpräsidenten sind der festen Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Entente zwischen den beiden großen lateinischen Ländern, die sich auf gegenseitige Achtung vor ihren Auffassungen und auf das gegenseitige Verständnis ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse gründet."

An Lloyd George wurde ein Telegramm gesandt, in dem es heißt, Giolitti und Millerand hätten wieder Gelegenheit gehabt, die volle Uebereinstimmung ihrer allgemeinen Ansichten und der grundlegenden Notwendigkeit des Ententebündnisses zwischen England, Italien und Frankreich zu erkennen, um die Regelung der europäischen Probleme sowie die Wiederherstellung des Friedens und der normalen Beziehungen zwischen den Völkern zu sichern.

•

Der Kampf um Fiume

☞ Rom, 14. September. Die Belgrader Regierung sandte an die Botschafterkonferenz einen energischen Protest gegen die von d'Annunzio proklamierte Unabhängigkeit Fiumes, die für null und nichtig erklärt wird. Serbien verwahre sich entschieden gegen einen Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts.

•

Das Schicksal der Genfer Konferenz

kg. Rotterdam, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) „Daily News" schreiben am Sonntag: Eine Zustimmung Englands zu dem französisch-belgischen Vorschlag der Vertagung der direkten Besprechungen mit den Deutschen in Genf und Brüssel liegt bisher nicht vor. Nach bestimmten Erklärungen Lloyd Georges erscheint auch eine solche Zustimmung nicht wahrscheinlich, doch würde der Termin der Genfer Konferenz eine kurze Verschiebung erfahren.

Das Ende der italienischen Streikbewegung

⊕ Zürich, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Der linkssozialistische „Avanti" gibt den vollständigen Mißerfolg der Metallarbeiterbewegung in Italien zu. Die ganze Bewegung sei nach ungeheuren Kosten resultatlos gescheitert, weil die Hälfte der Arbeiter sich passiv verhalten hätte. Die Berichte des „Secolo" besagen, daß die Arbeiter überzeugt hätten an dem Sowjetisierungsversuch und die nach kommenden Strafhandlungen der Gerichte fürchteten.

Streik in Südafrika

× London, 14. September. „Evening News" melden, daß Berichten aus Lourenço Marques (Portugiesisch-Südafrika) zufolge dort wegen des Ausstandes der Eisenbahnarbeiter tagelang keine Verbindung mit dem Hinterlande bestand. Es herrscht eine allgemeine Arbeitseinstellung. Der Belagerungszustand ist verkündet und die Eisenbahnbrigade einberufen worden. Im Hafen ruht alle Arbeit. Die Behörde hat bekanntgegeben, daß, wenn die ausständigen Arbeiter, wie sie gedroht haben, Eisenbahnzüge in die Luft sprengen werden, ein halbes Dutzend Ausständiger in einem Wagen vor der Lokomotive mit Tauen festgebunden werden würden. Die Truppen haben Befehl erhalten, im Falle von Zusammenstößen sofort das Feuer zu eröffnen. Die britische Kolonie hofft auf Entsendung eines englischen Kriegsschiffes.

Der russisch-polnische Krieg

× Königsberg i. Pr., 14. September. Lagebericht. In Fortsetzung ihrer Angriffe im Abschnitt Cholm überschritten die Polen den Bug und besetzten die Ortschaften Lubomir, Horodno und Butmer und erreichten den Ort Samachanv. Oestlich Brest-Litowsk wurde Kobryn von den Polen genommen.

☞ Warschau, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie das Organ Paderewskis „Rzecz Pospolita" meldet, wurde in der letzten Sitzung des Ministerrates der Antrag der interministeriellen Friedensabordnung angenommen, in Riga von polnischer Seite keine definitiven Friedensbedingungen vorzulegen. Die interministerielle Friedenskommission hat nun die allgemeinen Richtlinien für die Friedensverhandlungen und genaue Instruktionen für die Delegierten ausgearbeitet.

•

Ein neuer Protest der Entente

⊕ Genf, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: Der französische Botschafter hat im Auswärtigen Amt in Berlin neue Proteste erhoben gegen die gewaltsame Verhinderung der Durchfahrt von Munitionsschiffen im Kieler Kanal durch die Arbeiterorganisationen, welche Handlung eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle. — Die Pariser Botschafterkonferenz werde sich mit der Stellung von Schadenersatzansprüchen zu befassen haben.

•

Ein Appell Lenins

× Amsterdam, 14. September. Den englischen Blättern zufolge hat die russische Regierung einen von Lenin, Trotzkij und Brussilow unterzeichneten Appell an die in Wrangels Heer stehenden russischen Offiziere gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, ihre schmähliche Rolle als Diener der Polen und Franzosen aufzugeben. Den Offizieren werde vollständige Amnestie zugesagt, wenn sie in das Sowjetheer eintreten. Zum letzten Male strecke die Sowjetregierung ihnen die versöhnende Hand entgegen.

•

Die Zustände in Rußland

+ Nürnberg, 14. September. (Eig. Drahtbericht.) Ein Vertreter der „Fränkischen Nachrichten", der das Internierungslager Erlangen der russischen Truppen besichtigte, hatte dabei Gelegenheit, mit Offizieren der Roten Armee zu sprechen. Seinem Berichte zufolge machten die Offiziere im Gegensatz zu den abenteuerlichen Gestalten der Mannschaften einen guten Eindruck. Sie erklärten, daß sie als zaristische Offiziere bei Vermeidung der Todesstrafe in der Armee dienen mußten. Ihre Angaben über die Rote Armee bestätigen, daß die Hoffnungen, die gewisse Kreise in Deutschland in sie setzen, nicht gerechtfertigt sind. Der Geist und die Ausrüstung der Truppen sei schlecht, nur durch rücksichtslose Gewalt könnten Trotzkij und Lenin ihre Herrschaft noch aufrechterhalten. Das wirtschaftliche Elend in Rußland sei unbeschreiblich. Eine Familie braucht täglich 3000 Rubel, um nicht zu verhungern. Die bolschewistischen Ueberwachungskommissare, von denen Stalin und Armee ganz durchseucht seien, wären in Ostpreußen zurückgeblieben und deshalb fühlten sich die Internierten jetzt wieder frei. In Erlangen sind nur ganz wenige Gefangene bolschewistischer Gesinnung.

•

Die kommunistische Wirtschaft

O. E. Helsingfors, 13. September

Am 15. September tritt in Moskau eine Konferenz der Kommunistischen Partei ganz Rußlands zusammen. Die Moskauer „Prawda", das Zentralorgan der Partei, entwirft aus diesem Anlaß ein recht pessimistisches Bild der Lage. Die Zeitung weist nach, daß die Beschlüsse des 9. Kongresses der russischen Kommunistischen Partei, der in diesem Frühjahr getagt hat, nicht ausgeführt worden seien. Diese Beschlüsse hatten sich auf den kommunistischen Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens gerichtet. Der Gang der Geschichte habe alle Voraussetzungen und Absichten der russischen Kommunisten über den Haufen geworfen. Der wirtschaftliche Aufbau habe in den letzten Monaten stillgestanden. Der kommende Winter werde durch Hunger und Frost die Lage noch weiter zuspitzen. Der bevorstehenden Konferenz liege es ob, in dieser schwierigen Lage die Aufgaben der Partei näher zu erläutern.

Die in der Tat außerordentlich schwierige Lage des Verpflegungswesens wird durch eine Mitteilung der in Petersburg erscheinenden „Dorfkommune" genauer gekennzeichnet. Dieses speziell für die Verbreitung und Propaganda bei den Bauern bestimmte Blatt schreibt, daß in den südlichen Gouvernements, besonders in denen von Astrachan und Saratow, der Mangel an Viehfutter infolge der Dürre so schwer sei, daß die Gefahr bestehe, daß das Vieh in diesem Winter aus Hunger aussterben könne. Die Sowjetregierung habe daher beschlossen, die genannten Gouvernements von dieser Sorge zu befreien und das Vieh lebendig nach Petersburg und Moskau überzuführen. So weit diese Maßregel auf Grund der Verkehrsnot überhaupt praktisch durchgeführt werden kann, liegt es auf der Hand, daß das Vieh auch in Petersburg und Moskau nicht durchgefüttert werden kann, sondern verzehrt werden würde.

Eine russische Studienkommission in Deutschland

• Berlin, 14. September. Nach der „Freiheit" ist eine Delegation von sechs russischen Gewerkschaftsvertretern teils in Berlin eingetroffen, teils auf der Reise nach Berlin begriffen. Die Delegation hat die Aufgabe, die Gewerkschaften Deutschlands mit der Lage des russischen Proletariats bekannt zu machen und die deutschen Gewerkschaften zu studieren. Von Deutschland will sie weiter nach England und Italien reisen. Da die Einreiseerlaubnis für Deutschland noch nicht genügend geklärt ist, fordert die „Freiheit" entsprechende Schritte bei der Reichsregierung.

Erzbergers Erlebnisse im Weltkriege

Aus den in diesen Tagen in der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erscheinenden Erinnerungen Erzbergers „Erlebnisse im Weltkrieg", ist das Kapitel über den Abschluß des Waffenstillstandes von besonderem Interesse. Es heißt da u. a.: Abends 8 Uhr am 10. November 1918 wurde mir ein Funkspruch von der Obersten Heeresleitung übermittelt, in dem in einer Reihe von Punkten Erleichterungen erbeten wurden. Dann kam der lapidare Satz: „Gelingt Durchsetzung dieser Punkte nicht, so ist Frieden abzuschließen." Die Depesche war von Generalfeldmarschall v. Hindenburg unterzeichnet. Gegen ½11 Uhr machte ich dann die offene Depesche, daß ich zur Unterzeichnung der überaebenen Waffenstillstandsbedingungen berechtigt sei, die mich ungemein peinlich berührte, da das Ergebnis der mehrtägigen Verhandlungen durch die offene Depesche erheblich in Frage gestellt war. Die Depesche war unterzeichnet: „Reichskanzler. Schluß." Der Dolmetscher-Offizier fragte, ob „Schluß" den Namen des neuen Reichskanzlers bedeute und wer dieser Herr sei. Er sei dem französischen Oberkommando und der Regierung in Paris ganz unbekannt. Ich gab die Aufklärung, daß „Schluß" Prinz heiße. Nachdem der von uns beabsichtigte Protest aufgesetzt war, ließ ich dem Marschall Foch wissen, daß es mir angenehm sei, wenn noch heute nacht eine weitere Sitzung stattfinden würde. Marschall Foch erklärte sich alsbald bereit. Die zweite Sitzung begann nachts 2¼ Uhr und dauerte bis 5 Uhr morgens. Die Unterzeichnung begann 5 Uhr 20 Minuten.

Gegen 10 Uhr trafen weitere Offiziere aus dem deutschen Hauptquartier im Walde von Compiègne ein. Von ihnen hörten wir, daß die Genehmigung zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit der rätselhaften Unterschrift „Reichskanzler Schluß" nicht vom Reichskanzler erteilt worden war, sondern von der Obersten Heeresleitung, weil am Sonntag eine Verständigung mit Berlin unmöglich gewesen sei. Die Oberste Heeresleitung hat sich nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gefühlt, die Genehmigung aus eigener Initiative zu geben. Nachdem die Depesche abgegangen war, hat der Reichskanzler zugestimmt und sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden erklärt."

Erzberger erklärt dann, er habe in einigen Punkten des Waffenstillstandsvertrages sogar mehr erreicht, als von der Obersten Heeresleitung verlangt wurde. Er berichtet weiter: Man habe ihm allgemein zu dem großen Erfolge der Verhandlungen gratuliert. Besonders sei man im Hauptquartier in Spa angenehm überrascht gewesen. Er traf am 12. November 9 Uhr vormittags in Spa ein, wo sich bereits ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte. In einer Konferenz beim Generalquartiermeister Groener erklärte dieser, seine kühnsten Erwartungen seien durch die Ergebnisse der Verhandlungen übertroffen worden. Feldmarschall Hindenburg dankte ausdrücklich Erzberger für die unendlich wertvollen Dienste, die er dem Vaterland geleistet habe.

Im Schlußkapitel des Werkes rühmt sich Erzberger seiner Verdienste um die Annahme des Friedensvertrages. Alle Welt hätte ihm wohl in der Ueberzeugung, daß damals nur die Unterzeichnung des Friedens der Weg zur Rettung des deutschen Volkes war.

Stresemann zur Frage der Regierungserweiterung

In seinen „Deutschen Stimmen" äußert sich der Abgeordnete Dr. Stresemann zur Frage der Regierungserweiterung. Er sagt, daß der Sozialdemokratie jederzeit die Möglichkeit freistehe, in die bisherige Koalition einzutreten, und fährt fort: „Wenn sie in die jetzige Koalition eintritt, so würde damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie gegeben sein. Sie würde einen vollberechtigten Anspruch haben können auf den Einfluß, der ihr zahlenmäßig nach ihrer Fraktionsstärke zukommt. Nicht mehr und nicht weniger. In der praktischen Politik hätte man eine Verständigung anzustreben, die schließlich auch bei der bisherigen Regierungspolitik durch Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie tatsächlich durchgeführt worden ist. Käme dann auf Grund von Neuwahlen in Preußen eine Mehrheitskoalition in Preußen zustande, so wäre auf dieser Grundlage für eine Stetigkeit der Verhältnisse im Reich und in den früheren deutschen Staaten Sorge getragen, so daß eine ersprießliche Arbeit sich in Deutschland entwickeln könnte, weil eine Stetigkeit der Personalverhältnisse stets die Voraussetzung für praktische Arbeit ist."

Weiterhin führt Dr. Stresemann noch aus, daß er gegen das Ausscheiden seiner Partei aus der Regierung sei. Die wenigen Volksparteiler, die jetzt das Ausscheiden wünschten, würden das wahrscheinlich später bitter bereuen.

Minister Schwarz in Prag

× Prag, 14. September. Der Ausschuß der Prager Mustermesse veranstaltete gestern zu Ehren des sächsischen Wirtschaftsministers Schwarz ein Essen, an dem der Handelsminister Horowetz, Staatssekretär Dr. Schuster, der deutsche Gesandte Professor Sänger u. a. teilnahmen. Ueber die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschecho-Slowakei und Sachsen sprach Dr. Engel. Minister Schwarz dankte herzlich für die Einladung zum Besuche der Prager Mustermesse und wies darauf hin, daß die wirtschaftlichen Vorkriegsbeziehungen zwischen Sachsen und der Tschecho-Slowakei so eng waren, daß man manchmal nicht wußte, wo Böhmen aufhörte und Sachsen anfing. In Deutschland sehe man es gern, wenn die früheren Verhältnisse wiedererstünden. Das setze ein ruhiges Leben mit der Nachbarn und der übrigen Welt in freundschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen voraus. „Ich kann ruhig sagen", bemerkte der Minister, „daß wir überrascht sind, wie sich Ihre erste Messe repräsentiert."

Der Minister wünschte den tschecho-slowakischen Bestrebungen besten Erfolg. Denn wenn die Situation in der Tschecho-Slowakei günstig sei, werde sie es auch in Deutschland sein. Der deutsche Gesandte betonte die Notwendigkeit guter Beziehungen der tschecho-slowakischen Republik zu Deutschland. Die Tendenz des Handels müsse zur Verbrüderung der Nationen führen. Namens der Regierung und des Ministeriums des Handels begrüßte Staatssekretär Dr. Schuster die deutschen Gäste.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200915/1